

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2006/2018B(BUD)

5.9.2006

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamtshaftsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2007
(C6-0000/2006 – 2006/2018B(BUD))

Einzelplan I – Europäisches Parlament

Verfasser der Stellungnahme: Gérard Deprez

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. fordert die verantwortlichen Gremien des Parlaments auf, bei der Festlegung der Zahl der zuweisenden Stellen der tatsächlichen Arbeitsbelastung der fraglichen Dienststellen Rechnung zu tragen; nimmt zur Kenntnis, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres für 17 % aller legislativen Berichte im Plenum seit 2004 verantwortlich gewesen ist und weiterhin die gleiche Arbeitsbelastung trägt, da 17 % aller neuen Vorschläge der Kommission in seinen Zuständigkeitsbereich fallen; nimmt ebenfalls den komplexen und technischen Charakter des Großteils der Vorschläge zur Kenntnis; stellt fest, dass der Ausschuss im Jahre 2005 von sämtlichen Ausschüssen des Parlaments die größte Zahl von Dossiers im Rahmen der Mitentscheidung zu bearbeiten hatte; ist der Auffassung, dass diese Zahlen einen grundlegenden Wandel widerspiegeln, der dringliche und ernsthafte Maßnahmen erforderlich macht, um die Glaubwürdigkeit des Handelns des Parlaments im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten;
2. beantragt deshalb eine Aufstockung – durch Umschichtung – des Personals im Sekretariat des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres um mindestens drei AD-Stellen und vier AST-Stellen (ein/e Assistent/in und drei Sekretäre/Sekretärinnen); erwartet die öffentliche Bekanntgabe aller Stellen; fordert ebenfalls Maßnahmen mit dem Ziel, die Verfügbarkeit von einschlägigem Sachverstand im Sekretariat und im Juristischen Dienst sicherzustellen;
3. fordert außerdem angemessene Mittel zur Unterstützung der besonderen Beziehungen des Ausschusses zu den nationalen Parlamenten und seiner Bemühungen um verstärkte Transparenz in diesem Politikbereich, der weiterhin stark von der von Geheimhaltung geprägten Verwaltungskultur der Mitgliedstaaten beeinflusst wird.

VERFAHREN

Titel	Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2007 – Einzelplan I – Parlament
Verfahrensnummer	200/2018B(BUD)]
Federführender Ausschuss	BUDG
Stellungnahme von Datum der Bekanntgabe im Plenum	LIBE
Verstärkte Zusammenarbeit – Datum der Bekanntgabe im Plenum	
Verfasser(in) der Stellungnahme Datum der Benennung	Gérard Deprez 22.2.2006
Ersetzte(r) Verfasser(in) der Stellungnahme	
Prüfung im Ausschuss	20.6.2006 12.7.2006
Datum der Annahme	4.9.2006
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 39 -: 0 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Alexander Alvaro, Roberta Angelilli, Alfredo Antoniozzi, Edit Bauer, Johannes Blokland, Mihael Brejc, Giusto Catania, Carlos Coelho, Agustín Díaz de Mera García Consuegra, Kinga Gál, Elly de Groen-Kouwenhoven, Adeline Hazan, Timothy Kirkhope, Ewa Klamt, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Barbara Kudrycka, Stavros Lambrinidis, Henrik Lax, Sarah Ludford, Antonio Masip Hidalgo, Claude Moraes, Martine Roure, Inger Segelström, Antonio Tajani, Ioannis Varvitsiotis, Manfred Weber, Stefano Zappalà, Tatjana Ždanoka
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Marco Cappato, Panayiotis Demetriou, Gérard Deprez, Ignasi Guardans Cambó, Jeanine Hennis-Plasschaert, Sophia in 't Veld, Jean Lambert, Siiri Oviir, Hubert Pirker, Marie-Line Reynaud, Kyriacos Triantaphyllides
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	
Anmerkungen (Angaben nur in einer Sprache verfügbar)	